

pax_zeit

1_2017



Syrien
Frieden in Sicht?



Foto: privat

»Ich hoffe jüngere Menschen merken, dass man das nicht nur von außen beobachten kann, sondern selbst aktiv werden muss – politisch und in zahllosen Verbänden und Bewegungen.«

Roswitha Bendl in „Aktiv für den Frieden“, Seite 16.

pax christi-Reisen

pax christi Augsburg: **Begegnungs- und Solidaritätsreise nach Palästina und Israel** **4. – 15. Juni 2017**

Seit einigen Jahren ist Israel-Palästina ein Schwerpunkt der Friedensarbeit von pax christi Augsburg. Dadurch sind viele Kontakte zu friedensbewegten Menschen in beiden Gesellschaften entstanden. Wir wollen der Frage nachgehen, wie die Menschen vor Ort die Situation erleben.



Infos und Anmeldungen:
augsburg@paxchristi.de

pax christi Münster: **Pilger- und Versöhnungsreise nach Tschechien** **16. – 22. Juli 2017**

Im Fokus der Reise nach Tschechien steht der Austausch mit Friedensgruppen aus Leipzig und Dresden, der Besuch von Orten des Verbrechens der Nationalsozialisten, die Begegnung mit jüdischen Gemeinden und die ökumenische Begegnung mit hussitischen Christen in Prag.



Infos und Anmeldungen:
muenster@paxchristi.de

Impressum

pax_zeit Zeitschrift der deutschen pax christi-Sektion. Herausgeberin pax christi Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin, sekretariat@paxchristi.de, www.paxchristi.de Redaktion Christine Hoffmann (verantw.), Odilo Metzler, Josef Roberg, Markus Weber Titelfoto shutterstock.com/Orlok Gesamtherstellung Ute Begemann, Solingen Druck und Versand Druckerei Hitzegrad GmbH & Co. KG, Wuppertal.

Die Redaktion behält sich den Abdruck und die Kürzung von Leserbriefen vor.

pax christi – Deutsche Sektion e.V., Hedwigskirchgasse 3, 10117 Berlin,
Tel. 030 2007678-0, sekretariat@paxchristi.de

Gedruckt auf Circleoffset Premium White (100% Recycling, FSC-zertifiziert)
Redaktionsschluss für die Ausgabe 2_2017: 24.04.2017

Dieser Ausgabe liegt eine Postkarte gegen die Mittelstreichung durch den VDD bei.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser, die pax_zeit greift auch 2017 wieder die aktuellen Themen auf, die von den pax christi-Kommissionen bearbeitet werden. Dieses Heft startet mit der Kommission Friedenspolitik, die ihren Arbeitsschwerpunkt Syrienkonflikt einbringt. „Seit 2011 verfolgt die Bundesregierung starrköpfig das Ziel, in Damaskus einen Regime-Wechsel zu erzwingen“, schreibt Bernd Duschner und stellt die Folgen der Sanktionen gegen Syrien an den Pranger. Von lokalen Waffenstillständen und anderen guten Nachrichten berichtet Karin Leukefeld, Christof Grosse setzt sich mit der Vielfalt der christlichen Religionen in Syrien heute und in der Geschichte auseinander.

Von einem völlig unnötigen Konflikt müssen wir diesmal auch in eigener Sache berichten, denn die katholischen Bischöfe wollen pax christi von der Zuschussliste streichen. Der pax christi-Präsident Algermissen bringt seine Enttäuschung über diese Entscheidung mit deutlichen Worten gegenüber seinen Mitbrüdern zum Ausdruck: „Bedenken Sie, dass der Schaden, den die Streichung des Zuschusses für pax christi in Kirche und Öffentlichkeit anrichten wird, ungleich größer und nachhaltiger sein wird als der Nutzen, 60.000 Euro im VDD-Haushalt eingespart zu haben.“

Die pax christi-Vision setzt dem eine auf die Zukunft gerichtete Beschreibung des Selbstverständnisses der pax christi-Bewegung in Deutschland entgegen. Mehr dazu erläutert der Bundesvorsitzende Norbert Richter.

Andrij Waskowycz, der Caritas-Präsident der Ukraine, berichtet aus seiner Arbeit und von der Situation in der Ukraine, die von andauernden Kämpfen und den Folgen starker Binnenfluchtbewegungen geprägt ist. Bei der pax christi-Reise in die Ukraine im September 2017 können wir den Austausch mit ihm vertiefen.

Den Rüstungsexportbericht 2016 der GKKE skizziert Holger Rothbauer. Ich bin gespannt, wie Brigitte Zypries dieses Politikfeld künftig gestalten wird. Ob sich die Forderungen der „Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel!“ doch noch durchsetzen lassen? pax christi bleibt auf jeden Fall dran.

Christine Hoffmann

Inhalt

Syrien

Seite 4
[Syrien](#)

Karin Leukefeld

Seite 6
[Christliche Minderheiten in Syrien](#)

Christof Grosse

Seite 8
[Krieg und Elend in Syrien](#)

Bernd Duschner

Bewegung

Seite 10
[Aktive Gewaltfreiheit](#)

Norbert Richter

Seite 12
[Völlig unnötiger Konflikt](#)

Wiltrud Rösch-Metzler

Reise

Seite 14
[Immer wieder kommt der Krieg zurück](#)

Andrij Waskowycz

Aktiv für den Frieden

Seite 16
[Roswitha Bendl](#)

Martin Pilgram

Rüstungsexport

Seite 18
[Dringend notwendig](#)

Holger Rothbauer

Meldungen

Seite 20
[Notizen aus dem Bundesvorstand](#)

Josef Roberg

Seite 20
[Nachrichten aus den Kommissionen](#)

Odilo Metzler

Seite 21
[Meldungen aus den Diözesanverbänden](#)

Markus Weber

Seite 22
[Leserbriefe](#)

Glaube Perspektive

Seite 23
[Gewaltfreiheit: Stil einer Politik des Friedens](#)

Ferdinand Kerstiens



Foto: Karin Leukefeld

Unsere Vision: Ein Paradigmenwechsel in der Außenpolitik

Unsere langfristige Vision ist ein Paradigmenwechsel in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik: weg von der kurzfristigen, destruktiven Politik der militärischen Auslandseinsätze hin zu einer konstruktiven, gewaltarmen, auf Zivile Konfliktbearbeitung setzenden, partnerschaftlichen Ausrichtung. Die Kampagne „MACHT FRIEDEN“ soll ein Baustein auf dem Weg dorthin sein, der – so hoffen wir – größere Veränderungen in Gang setzen kann. Weitere Positionen und neue Perspektiven finden Sie zu unserem Themenschwerpunkt „Syrien“ ab Seite 4.

Syrien

Frieden ist machbar

Syrien

Waffen, Sanktionen und Verhandlungen

Der Krieg in Syrien und die Einflussnahmen von außen auf den Konflikt waren von Anfang an Themen der pax christi-Kommission Friedenspolitik. Im Dezember 2015 appellierte sie an die Bundestagsabgeordneten, dem Bundeswehreininsatz in Syrien die Zustimmung zu verweigern. Er „macht Deutschland zur Kriegspartei“ und schwächt seine Verhandlungsrolle. Im Januar 2016 appellierte sie mit dem Geschäftsführenden Vorstand an die über tausend Soldat*innen des Syrienkontingents: „Prüfen Sie sorgfältig, ob das von Ihnen verlangte Handeln mit Ihrem Gewissen in Einklang steht, und falls nicht, verlangen Sie von Ihrem Dienstherrn eine anderweitige, Ihr Gewissen nicht belastende Verwendung.“ Der Einsatz verstoße gegen Grundgesetz und Völkerrecht. Seit dem vergangenen Jahr vertritt die Kommission pax christi in der Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien.“ Im thematischen Schwerpunkt dieser pax_zeit dokumentieren wir einen Appell dieser Kampagne angesichts der Gewalt in Aleppo und Mossul, beleuchten die Auswirkungen der Sanktionen gegen Syrien und zeigen als Hoffnungsperspektive, dass in Syrien über tausend lokale Waffenstillstände vereinbart wurden.

*Odilo Metzler, Mitglied der Kommission
Friedenspolitik*

Karin Leukefeld

Ein weiteres Jahr voll Gewalt, Tod und Zerstörung in Syrien ist zu Ende gegangen. Der Krieg hat Millionen innerhalb Syriens und in andere Länder vertrieben. Tausende haben Leben, Gesundheit, Arbeit, Hab und Gut verloren. Viele Syrer*innen kamen als Flüchtlinge nach Deutschland, obwohl sie lieber als Studierende, Ärzte, Besucher oder Touristen gekommen wären, denn als Bittsteller. Auf ein Einreisevisum warten Syrer*innen vor der deutschen Botschaft in Beirut oft umsonst und meist nicht unter einem Jahr. Die deutsche Botschaft in Damaskus ist – wie fast alle europäischen Botschaften – seit Anfang 2012

geschlossen. Das fördert Schmuggler, Zwischenhändler oder Agenturen, die den Menschen eine Überfahrt über das Mittelmeer, Passagen durch die Türkei, falsche Papiere oder einen Termin bei der deutschen Botschaft in Beirut verkaufen.

Doch es gibt auch gute Nachrichten aus Syrien. Die Kämpfe in Aleppo Stadt sind eingestellt. Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK), der Syrisch-Arabischer Halbmond (SARC) und Russland versorgen die Menschen in verschiedenen Vierteln der Stadt mit Lebensmitteln und Trinkwasser, mit warmer Kleidung und Brennmaterial, medizinische Versorgungsdienste wurden eingerichtet. Bulldozer und Lastwagen säubern die Straßen und transportieren Kriegsschutt ab, Minenräum-Experten der russischen Armee haben nach eigenen Angaben 2.000 Hektar Land in den östlichen Vierteln von Aleppo von Landminen und Sprengsätzen gesäubert. Auf 680 km Straßen und in 3.500 Höfen, Lagern, Häusern, Fabriken, Schulen wurden 25.000 Minen und Sprengsätze entschärft. Keine gute Nachricht: Große Mengen Waffen, darunter modernstes Material aus NATO-Ländern sowie Massengräber und Folterkeller wurden in Ost-Aleppo gefunden.

Kämpfende beider Parteien sitzen sich erstmals gegenüber

In der kasachischen Hauptstadt Astana saßen sich am 23.1.2017 erstmals Kampfgruppen und Vertreter der syrischen Regierung und Armee am Verhandlungstisch gegenüber. Vermittelt wurde das Treffen von Russland, Türkei und Iran, die auch den Waffenstillstand für Aleppo Stadt und kurz darauf (30.12.2016) für ganz Syrien vermittelten.

Einfach sei das Vorhaben in Astana nicht, räumte ein Vertreter des russischen Verteidigungsministeriums ein. „Wir haben eine unglaubliche Aufgabe vor uns. Wir müssen einen Wolf, ein Schaf und einen Kohlkopf von einem Ufer zum anderen über den Fluss bringen“, meinte er unter Verweis auf ein bekanntes Rätsel. Das Rätsel fragt, wie oft der Bauer über den Fluss fahren muss, um zu verhindern, dass der Kohlkopf vom Schaf oder das Schaf vom Wolf gefressen wird, während er einen der drei mit dem Boot über den Fluss setzt.

Frieden für das Land durch Dialog

Das Rätsel, für das es eine Lösung gibt, entspricht dem unbeugsamen Willen der Syrer*innen. Unzählige Male schon haben sie „den Fluss überquert“, um den Frieden für ihr Land im Dialog zurückzugewinnen. Seit 2011 gibt es lokale Versöhnungskomitees, die von den Bewohner*innen eines Stadtviertels, Dorfes, einer Stadt oder einer Region beauftragt wurden, zwischen den bewaffneten Akteuren – Kampfgruppen

IN THIS NEIGHBORHOOD,
WE SUFFERED,
WE WENT THROUGH
DIFFICULT TIMES AND
WE FLED OUR HOMES.
TODAY, WE MAY STILL
SUFFER, DIFFICULT
TIMES REMAIN BUT
**WE ARE
HOLDING ON
TO OUR LAND..**



Plakat in einem Café in der Altstadt von Homs:

„In dieser Nachbarschaft haben wir gelitten, sind durch schwere Zeiten gegangen und sind aus unseren Häusern geflohen. Heute steht wohl wieder Leid bevor und es bleiben schwere Zeiten, aber wir halten fest an unserem Land.“

und der syrischen Armee – zu vermitteln und ein Ende der militärischen Auseinandersetzung zu erreichen. 2012 wurde ein Ministerium für nationale Versöhnung eingerichtet, das mit großem Einsatz arbeitet. Die Versöhnungsarbeit hat viele Rückschläge erlebt, Aktiven das Leben gekostet, doch nach fast sechs Jahren Krieg ist das Treffen in Astana auch ein Erfolg der beharrlichen Suche nach einer Lösung, dem Dialog.

Seit dem von den USA und Russland im Februar 2016 vereinbarten Waffenstillstand kamen 1.155 lokale Waffenstillstände (Stand 29.01.2017) zustande, die täglich mehr werden. Mehr als 15.000 Männer haben ihre Waffen niedergelegt, die Regierung bietet im Gegenzug ein umfangreiches Amnestieprogramm an.

Vom hohen Ross heruntersteigen

Der jüngste Erfolg ist der Abzug bewaffneter Gruppen aus dem Barada-Tal und von der Fijeh-Quelle, den wichtigsten Wasserressourcen für mehr als fünf Millionen Menschen in und um Damaskus. Seit 2013 hielten Kampfgruppen die Fijeh-Quelle besetzt und erpressten mit dem Wasser die Regierung zur Erfüllung ihrer Forderungen. Ende 2016 hatten Nusra Front und Ahrar al-Sham lokale Kampfgruppen verdrängt. Wie in den Jahren zuvor suchten Vermittler eine Vereinbarung zu finden. Am 14.1.2017 einigte man sich darauf, dass Nusra Front und Ahrar al-Sham nach Idlib abziehen sollten, 2.500 lokale Kämpfer gaben ihre Waffen ab. Nach dem Treffen wurde der Koordinator der Vereinbarung, ein ehemaliger General der syrischen Streitkräfte, von den Kampfgruppen getötet. Die

Vereinbarung wurde ausgesetzt, erst Ende Januar zogen die Kampfgruppen sich von der Fijeh-Quelle zurück.

Doch auch die regionalen und internationalen Akteure des Krieges müssen einlenken und von ihrem hohen Ross heruntersteigen. Die Grenze zu Syrien muss geschützt, Waffenlieferungen an Kampfgruppen müssen eingestellt, Kämpfer gestoppt und Wirtschaftssanktionen gegen Syrien müssen aufgehoben werden.

Der Schlüssel zum Frieden in Syrien ist die Achtung des Völkerrechts. Die UN-Charta legt in Artikel 1, Absatz 1 fest, „(...) Angriffshandlungen und andere Friedensbrüche“ gegen andere Staaten „zu unterdrücken“. Und in Artikel 2, Absatz 4 heißt es: „Alle Mitglieder unterlassen in ihren internationalen Beziehungen jede gegen die territoriale Unversehrtheit oder die politische Unabhängigkeit eines Staates gerichtete oder sonst mit den Zielen der Vereinten Nationen unvereinbare Androhung oder Anwendung von Gewalt.“

„Ließe man die Syrer unter sich, ohne ausländische Einmischung, könnten sie in 6 bis 12 Monaten das Land befrieden“, räumten UN-Mitarbeiter*innen schon 2015 ein. Dann endlich wäre Zeit für politische Veränderung. Und die, auch das legt das Völkerrecht fest, ist allein Sache der Syrer*innen.

Karin Leukefeld studierte Ethnologie, Islam- und Politikwissenschaften und ist seit 2000 freie Korrespondentin im Mittleren Osten.

Christliche Minderheiten in Syrien

Vor hundert Jahren stellten die Christen noch 20 Prozent der Gesamtbevölkerung im Nahen Osten, heute sind es kaum noch drei Prozent.

Christof Grosse

Kirchenführer befürworten Militärmaßnahmen

Am 25.08.2014 erklärte der Ständige Rat der Deutschen Bischofskonferenz, dass militärische Maßnahmen in bestimmten Situationen – gemeint waren der beginnende Krieg der Staatengemeinschaft gegen den „Islamischen Staat“ im Irak und die ersten deutschen Waffenlieferungen an kurdische Kämpfer – nicht ausgeschlossen werden könnten. Die Erklärung stand im Zusammenhang des Besuchs des chaldäisch-katholischen Erzbischofs von Mossul, Emil Shimoun Nona beim Militärbischofsamt in Berlin und anschließend bei der Herbsttagung der Bischofskonferenz in Fulda, wo er jeweils von der verzweifelten Situation der christlichen und jesidischen Minderheiten in seiner Diözese berichtet hatte.

Etwa ein Jahr später war der Krieg gegen den „IS“, nach den Anschlägen von Paris, auch auf Syrien ausgeweitet, und Russland mit dem Ziel in den Krieg eingetreten, an der Seite des Assad-Regimes die bewaffneten Rebellen aus Aleppo und dem Norden Syriens zu vertreiben. Nun begrüßte im Oktober 2015 der melkitisch-griechisch-katholische Erzbischof von Aleppo, Jeanbart, das russische Militärengagement ausdrücklich.

Am 26.02.2016 bezeichnete der stellvertretende Patriarch der syrisch-orthodoxen Kirche von Antiochien, Luka Al Khouri, Assad lapidar als Beschützer des Christentums.

Von der Irritation abgesehen, dass Kirchenführer nach Militäreinsätzen rufen, entsteht spätestens hier für Nicht-Kirchenhistoriker das Bedürfnis nach einem Leitfadens durch die verwirrende Vielfalt der Konfessionen an diesem einmaligen

Brennpunkt christlicher Glaubensweitergabe, den Syrien darstellt; und nach einer Beantwortung der Frage, was es mit dem Schutzverhältnis auf sich hat, in dem die christlichen und andere Minderheiten angeblich zu Assad stehen.

Die Geschichte der Christen in Syrien

In Syrien (Jerusalem gehörte zur römischen Großprovinz Syria) bestand seit urchristlichen Zeiten eine Art blühender Garten der Glaubensrichtungen, unterstützt durch die direkte räumliche Präsenz der heiligen Orte. Antiochia ist Sitz des ersten Patriarchats überhaupt.

Maalula bei Damaskus mit dem antiken Kloster der Märtyrer Sergius und Bacchus war immer eine Pilgerstätte aller Denominationen. Anrührend wirkt auf uns „Weltchristen“ der kompromisslose Lebensstil der auf irakischem Boden beheimateten, sich auf Johannes den Täufer zurückführenden Gemeinschaft der Mandäer, der durch die Verpflichtung zur absoluten Gewaltlosigkeit beeindruckt. Als Positivbeispiel für interreligiöse Koexistenz gilt das im 5. Jhdt. gegründete Kloster Mar Elian bei Homs, das 2007 (!) neu besiedelt wurde. Es wurde 2015 bekannt durch die gelungene Flucht seines Priors Jaques Mourad aus der Gefangenschaft des „IS“.

In der Kirchengeschichte des Nahen Ostens auffallend ist das Phänomen der sogenannten „unierten“ Kirchen. Seit den Kreuzzügen gab es ständig Avancen der römisch-katholischen Kirche an die orthodoxen Geschwister, zumal in Syrien, wo sich die unterschiedlichen Konfessionen auf so engem Raum zusammendrängen und auch während der mamlukischen und osmanischen Herrschaft die christlichen Enklaven gediehen – mit ziemlichem Erfolg. Von Maroniten und Melkiten

431

beginnt die Geschichte der Kirchenspaltungen: in Ephesos Abspaltung der Nestorianer (nach ihnen hatte Christus zwei Naturen, eine göttliche und eine menschliche).

451

in Chalcedon Abspaltung der Monophysiten (Christus ist rein göttlicher Natur). In Reaktion auf Chalcedon entstehen die maronitische und die melkitische „Kirche von Antiochien“ (beide mit Einschränkungen Anhänger der zwei Naturen, die Melkiten überdies der herrschenden staatlichen Macht verpflichtet).

spricht man daher heute nur in ihrer unierten Variante. Die Tendenz zur Bildung unierter Kirchen bestimmt das Verhältnis der römisch-katholischen zur orthodoxen Kirche, übrigens auch in Russland und der Ukraine, bis heute. Umgekehrt beanspruchte auch die russische Orthodoxie seit Anfang des 19. Jhdts. unter anderem mit Klosterneugründungen ihren Platz im Heiligen Land und an den Stätten der frühen syrischen Kirche – ein nicht zu vernachlässigendes Faktum zum Verständnis des Engagements des heutigen Russland in der Region.

Situation am Wendepunkt?

Jetzt, wo sie vom physischen Verschwinden bedroht sind, kommen all diese Minderheiten in unseren Blick. Wer hätte vor dem Überfall des „IS“ auf die Jesiden von Sindjar 2014 schon etwas über die Glaubensinhalte dieser Religionsgemeinschaft gewusst? Entsprechend stellen sich Fragen, wie konkret ein Minderheitenschutz gewährleistet werden kann, bzw. unter welchem Schutz sie bisher standen. Minderheiten werden in gesellschaftlichen Konfliktkonstellationen leicht zu Schützlingen der regierenden Staatsmacht. In Syrien hat so offensichtlich Präsident Assad die Rolle des Garanten für das Wohlergehen seiner eigenen alawitischen Minderheit, aber auch der Christen übernommen. Nicht nur die traditionell „staatsnahen“ Melkiten danken es ihm und seinen Verbündeten.

Wie wird sich die Situation im Nahen Osten weiterentwickeln, insbesondere im Hinblick auf die Option für Gewaltfreiheit? Zunächst einmal ist jeder Waffenstillstand, egal unter welchen Konstellationen ausgehandelt, ein Segen. Müssen nicht jetzt die Kirchen ins Spiel kommen, als „Erbauerinnen des Friedens“? Anlässlich der Friedenskonvokation von Jamaika



Fotos: Karin Leukefeld

Die Kirche des Klosters Deir Mar Elian bei Qaryatayn in der Provinz Homs vor der Zerstörung 2012 und drei Jahre später – das Kloster wurde im Mai 2015 vom „IS“ überfallen und weitgehend zerstört.

2011 gab es eine umfassende Bestandsaufnahme der kirchlichen Wirkungsmöglichkeiten (im „Entwurf“ und im „Call“). Jetzt, nach sechs Jahren Syrienkrieg, wartet dieses Repertoire darauf, ausgespielt zu werden, von den Kirchenleitungen, von den Gläubigen, interreligiös. Wahrheitsfindung, Ausübung von Gerechtigkeit, Heilung von Erinnerung, Vergebung, Versöhnung – der Weg ist bekannt. Er ist unendlich mühevoll, aber er muss beschritten werden, um dem Garten zu neuem Blühen zu verhelfen.

Christof Grosse ist Mitglied der pax christi-Kommission Friedenspolitik.

1054
Aufspaltung in östliche orthodoxe und westliche katholische Kirche (Grund der Machtanspruch des Papsttums über das Patriarchat).

1182
Die Maroniten schließen sich im Zusammenhang der Kreuzzüge 1182 an die römisch-katholische Kirche an,

1342
ein Schritt, den auch die Melkiten unter dem Einfluss einer katholischen Missionsinitiative im Mamlukenreich vollziehen.

1830
bestätigt Papst Pius VIII das chaldäisch-katholische (nestorianische) Patriarchat in Mossul, nachdem schon seit dem Mittelalter einzelne chaldäische Bischöfe das katholische Glaubensbekenntnis abgelegt hatten.

Krieg und Elend in Syrien

Mitverantwortung der deutschen Bundesregierung



Foto: shutterstock.com/ ART production

Bernd Duschner

Die westlichen Sanktionen gegen das Regime in Damaskus haben Hunger und Not über Syrien gebracht. Sie potenzieren die Kriegsschäden und führen zu einer völligen Zerstörung der Gesellschaft. Vertreter von christlichen Kirchen in Syrien fordern den sofortigen Stopp aller Sanktionen.

Seit 2011 verfolgt die Bundesregierung starrköpfig das Ziel, in Damaskus einen Regime-Wechsel zu erzwingen: Sie hat den Botschafter der syrischen Regierung ausgewiesen und Vertreter der „Opposition“ als neue Regierung Syriens anerkannt. Sie ließ die Stiftung „Wissenschaft und Politik“ mit der „Opposition“ ein Regierungsprogramm für die Umgestaltung Syriens zu einer „liberalen Marktwirtschaft“ erstellen. Im Rahmen eines speziellen Stipendienprogramms („Leadership for Syria“) wird „eine ausgewählte Elite syrischen Führungspersonals darauf vorbereitet“, „das künftige Syrien gesellschaftlich, politisch, wissenschaftlich und ökonomisch (...) maßgeblich mitzugestalten“. Seit Ende 2015 unterstützt die Bundeswehr die von den USA geführte „Internationale Koalition“ bei ihren Bombenangriffen in Syrien mit Zieldaten und durch Auftanken von Kampfflugzeugen. Diese Luftangriffe erfolgen gegen den Willen der syrischen Regierung und sind völkerrechtswidrig.

Aushungern oder westliche Demokratie übernehmen

Während USA, Türkei, Saudi-Arabien und Katar die Bewaffnung, Ausbildung und Einschleusung islamistischer Verbände

übernahmen, setzte die Bundesregierung auf EU-Ebene umfassende Wirtschafts- und Finanzsanktionen durch: Die syrischen Auslandsguthaben wurden „eingefroren“, Importe aus Syrien, insbesondere von Rohöl, verboten. Bis 2010 hatte das Land über 90 Prozent seiner Rohölexporte an die EU verkauft. Ohne die damit erzielten Deviseneinnahmen kann das Land wichtige Ausrüstungsgüter, Ersatzteile und Rohstoffe für seine Wirtschaft und zur Versorgung seiner Bevölkerung nicht einkaufen. Selbst Überweisungen von syrischen Gastarbeitern an ihre Familienangehörigen sind nicht mehr möglich. Ohne Treibstoff und Strom kommen Landwirtschaft, Lebensmittelproduktion, Handwerk und Industrie zwangsläufig zum Erliegen. Die wenigen Raffinerien in Syrien können bei weitem nicht genügend Rohöl verarbeiten. Folglich wurde auch der Export von Treibstoff und Heizöl verboten, ebenso wie die Lieferung von Technologien und Ausrüstung, die zur Förderung und Raffination von Erdöl und für Kraftwerke erforderlich sind.

Im Februar 2012 zogen die Regierungsberater der „Stiftung Wissenschaft und Politik“ eine erste „Erfolgsbilanz“: „Unter dessen zeigen die Wirtschaftssanktionen Wirkung, die von den USA, der EU, der Türkei und den arabischen Staaten verhängt wurden, allen voran die europäischen Sanktionen gegen den syrischen Ölsektor. Die Bevölkerung leidet unter der Knappheit von Benzin, Heizöl und Butangas; Stromsperrungen von bis zu sechs Stunden täglich treffen mittlerweile auch die Hauptstadt. (...) Importgüter wie Weizen werden knapp und



MACHT FRIEDEN.

Zivile Lösungen für Syrien

„Wer Waffen exportiert, nimmt Aleppo in Kauf“

Gewalt erzeugt Gegengewalt. Waffen werden eingesetzt, um mit Waffen zu siegen. Menschen verletzen und töten Menschen. So in Aleppo und Mossul und überall, wo der Mythos der Gewalt blüht. Der Ausweg aus der Gewalt ist der Weg raus aus der Gewalt. Wer Waffen einsetzt oder verkauft oder exportiert oder an „befreudete“ Kämpfer*innen weitergibt, wer Menschen an Waffen ausbildet und in Minderjährigen die Faszination der Waffen befeuert, nimmt Tragödien wie in Aleppo billigend in Kauf. Die Verantwortlichen für humanitäre Katastrophen sitzen dort, wo die Politik des Antihumanen gedacht wird, wo Politik mit Waffen, mit Gewalt, mit Krieg geplant wird, dort wo Krieg nicht die Ultima Irratio ist, sondern das tägliche Denken und Handeln bestimmt. Die Verantwortlichen sitzen auch in Deutschland. Die Kriege austrocknen, den Gewaltbefürworter*innen das Handwerk legen,

Sand in das Getriebe der Militärmaschine streuen, bis sie blockiert, bis sie bricht. Unsere Aufgabe: gestern, heute, morgen, in Aleppo und für alle Aleppos der Zukunft. Eine bloße Anrufung der Mächtigen genügt nicht. Der Appell an ihr Gewissen verhallt, wo kein Gewissen ist, sondern Gewissenlosigkeit und die Pragmatik des alltäglichen Machterhalts.

Die Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“ fordert von den Abgeordneten des Deutschen Bundestages: • keine Verlängerung des Bundeswehrmandat für Syrien, • Stärkung des Friedensprozesses unter UN-Verantwortung, • Aufstockung der deutschen humanitären Hilfe und gleichzeitiger Ausbau der Instrumente der Zivilen Konfliktbearbeitung

Ulrich Wohland, Sprecher der Kampagne „MACHT FRIEDEN. Zivile Lösungen für Syrien“, Dezember 2016

damit mangelt es an Brot; die Preise für lokal erzeugte Güter des täglichen Bedarfs, etwa Milchprodukte steigen spürbar.“ Heiko Wimmen, Mitarbeiter der Stiftung, erläuterte in der Wirtschaftswoche vom 1. September 2012, warum das Leid der Zivilbevölkerung beabsichtigt ist: „Denn sie (die Sanktionen) haben auch die psychologische Funktion, die Moral zu untergraben. Ist die Bevölkerung mit den Lebensbedingungen unzufrieden oder fürchtet sich die Elite vor der Isolation, dann unterstützen sie bestenfalls die Rebellen.“ Mittlerweile ist die Arbeitslosigkeit gegenüber 2010 von knapp 15 auf 60 Prozent hochgeschneit, über 80 Prozent der Syrer*innen leben in extremer Armut und die Preise der Grundnahrungsmittel haben sich versechsfacht. Die Lebenserwartung ist von 75,9 auf 55,7 (!) Jahre gefallen. Für die Gebiete, die die bewaffnete „Opposition“ kontrolliert, hat die EU das Verbot von Waffenlieferungen und Ölhandel bereits 2013 aufgehoben. „Al Nusra leistet“ schließlich, so der damalige französische Außenminister Laurent Fabius, „gute Arbeit“. Ein Schwerpunkt dieser „Arbeit“ sind Terroranschläge gegen Raffinerien, Strom- und Wasserversorgung und die Jagd auf Andersgläubige.

Sanktionen verhindern Frieden und Wiederaufbau

Im Frühjahr 2016 haben führende Vertreter der christlichen Kirchen Syriens erneut ein Ende der Sanktionen gefordert: „In diesen fünf Jahren haben die Sanktionen gegen Syrien dazu beigetragen, die syrische Gesellschaft zu zerstören. Sie liefern sie dem Hunger, Epidemien und Elend aus und arbeiten somit den Milizen von Integralisten und Terroristen (...) in

die Hand. Die Sanktionen vergrößern die Schäden durch den Krieg, der bereits zu 250.000 Toten, sechs Millionen intern Vertriebenen und vier Millionen Flüchtlingen geführt hat. Die Situation in Syrien ist verzweifelt: Es fehlt an Lebensmitteln, es herrscht eine allgemeine Arbeitslosigkeit, medizinische Behandlungen sind unmöglich geworden, Trinkwasser und Strom sind rationiert. (...) Selbst Nichtregierungsorganisationen, die Hilfsprogramme durchführen möchten, können ihren Mitarbeitern in Syrien kein Geld schicken. Firmen, Stromwerke, Wasserwerke, und Krankenhäuser sind gezwungen, zu schließen, weil sie keine Ersatzteile und kein Benzin bekommen können.“

Wir sind es der syrischen Bevölkerung schuldig, unsere Bürger*innen über die verheerenden Auswirkungen der Sanktionen zu informieren. Wir müssen von unseren Politiker*innen die umgehende Aufhebung der Sanktionen verlangen. Wie heißt es doch im Appell der syrischen Kirchenvertreter: „Das Gerede über die Kriegsflüchtlinge aus Syrien sieht nach purer Heuchelei aus, solange man gleichzeitig diejenigen, die in Syrien bleiben, weiter aushungert, ihnen die medizinische Versorgung, Trinkwasser, Arbeit, Sicherheit und die elementarsten Rechte verweigert.“

Bernd Duschner, Volkswirt und Versicherungsvertreter, gründete 1999 unter dem Eindruck des Nato-Luftkrieges gegen Jugoslawien den Verein Freundschaft mit Valjevo e.V. Er setzt sich heute für die Beendigung des Embargos gegen Syrien ein.



Foto: Kerstin Meinhardt

Aktive Gewaltfreiheit

Das Selbstverständnis der pax christi-Bewegung

Norbert Richter

pax christi will wachsen und verstärkt ein Ort für Menschen sein, die nach Wegen zum Frieden jenseits von Gewalt und Militäreinsätzen suchen. Die auf der Delegiertenversammlung 2016 beschlossene Vision ist der Rahmen unseres Engagements in den Gruppen, Diözesen und in der Sektion sowie in unterschiedlichen Politikbereichen. Die Vision formuliert das Selbstverständnis der pax christi-Bewegung und soll helfen, unser vielfältiges Engagement auf den verschiedenen Ebenen zu stützen. Der Text ist seit 2014 in der AG 2020 erarbeitet und mit den Diözesanvorständen und Kommissionen diskutiert und weiterentwickelt worden.

Der Friede Christi und die aktive Gewaltfreiheit sind Grundhaltungen, die unseren Einsatz in den unterschiedlichen Politikbereichen leiten. Themen wie Militarisierung, Flucht/Asyl/Fluchtursachen, Menschenrechte/Völkerrecht, Konzepte ziviler Konfliktbearbeitung, Friedensbildung, interreligiöser Dialog stehen dabei im Mittelpunkt unseres Engagements.

Norbert Richter ist pax christi-Bundesvorsitzender und lebt in Essen.

Unsere Vision

„pax christi“ – Der Friede Christi ist die bleibende Hoffnung und Vision unserer Bewegung. Aktive Gewaltfreiheit ist der Kern unseres politischen Handelns für eine gerechte Welt ohne Gewalt und Waffen.

Unsere Aufgabe

Wir treten ein für Menschenrechte und Völkerrecht und tragen zu einer Kultur des Friedens bei. Wir unterstützen und fördern Schritte zur Konfliktprävention und Ziviler Konfliktbearbeitung. Wir tragen die Option von Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung in die gesellschaftliche, politische und innerkirchliche Auseinandersetzung

Unsere Arbeitsweise

- Der Dialog mit der Politik und zivilgesellschaftlicher Protest sind für uns notwendige, sich ergänzende Aktionsformen.
- Gewaltfreie Aktionen, unter Abwägung aller Argumente auch ziviler Ungehorsam, sind Teil unseres Handelns.
- Wir sind wirksam und glaubwürdig, indem wir unser spirituelles Fundament mit fundierten Analysen und Kenntnissen verbinden.
- Wir engagieren uns auch in Bündnissen und bringen unsere Identität ein.
- Unser Engagement wird geprägt von unseren Mitgliedern und der Kooperation mit Interessierten vor Ort.

pax christi-Delegiertenversammlung 2016 in Fulda

Aktive Gewaltfreiheit ist
der Kern unseres politischen
Handelns für eine gerechte
Welt ohne Gewalt und Waffen.

Bewegung | pax_zeit | 1_2017 | 11

WIR WOLLEN MEHR FRIEDEN



Völlig unnötiger Konflikt

Der VDD will pax christi den Zuschuss streichen

Liebe Mitglieder und Freund*innen von pax christi,

im Oktober 2016 wurde die deutsche Sektion mit einem folgenreichen Beschluss der Bischofskonferenz konfrontiert. Der Verband der Diözesen Deutschlands (VDD) hat pax christi ab 2018 von der Liste der Zuschussempfänger gestrichen. Begründet wird dies mit Einsparungen, die der VDD vornehmen muss.

Wir haben, unterstützt durch unseren Präsidenten Bischof Algermissen, gegenüber der Bischofskonferenz dargelegt, dass es angesichts der heutigen Weltlage unverständlich ist, weshalb unsere Friedensarbeit gestrichen werden soll. Die Bischöfe haben jedoch, zuletzt am 24. Januar 2017 erklärt, den bereits beschlossenen Spar-Weg fortzusetzen. Dabei wollen sie „die Argumente der eingegangenen, teilweise auch öffentlichen, Reaktionen“ mit in Betracht ziehen. Bis heute warten wir darauf, die Gründe zu erfahren, die dazu führten, dass die Bischöfe, nach Beratung durch eine Unternehmensberaterin und Kategorisierung in A, B und C, pax christi in C als überdiözesan nicht förderungswürdig einstufen. Wir kämpfen um den Verbleib in der VDD-Förderung in der bisherigen Höhe. 60.000 Euro hat pax christi bisher jährlich erhalten. Das sind 20 Prozent des pax christi-Haushaltes.

Seit Februar sammeln wir online Unterschriften unter einem Brief an den Vorsitzenden der Bischofskonferenz Kardinal Marx, und mit dieser pax_zeit startet unsere Postkartenaktion. Von über 200 gewaltfreien Aktionsmöglichkeiten sprach die US-Friedensforscherin Maria Stephan, als sie bei unserer Delegiertenversammlung im Oktober in Fulda war, aus denen wir für unseren Protest schöpfen können. Gemeinsam müssen wir uns dagegen wehren, den Stuhl vor die Tür gesetzt zu bekommen. pax christi hat über die Jahrzehnte schon etliche Konflikte durchgestanden, etwa 1981, als einzelne Bischöfe pax christi als von Moskau gesteuert attackierten. Auch dieses Mal sind wir hoffnungsvoll. Wir bleiben Kirche.

Solidarische Grüße

Wiltrud Rösch-Metzler
pax christi-Bundesvorsitzende

Aus dem Redebeitrag des pax christi-Präsidenten Bischof Heinz Josef Algermissen am 24. Januar bei der Sitzung des Verbandes Deutscher Diözesen (VDD):

„Nach den Erfahrungen und Vorkommnissen der letzten zehn Wochen muss ich feststellen: Es war ein schwerer Fehler auf Seiten der Arbeitsgruppe „VDD-Haushalt“ (vier Bischöfe, drei Generalvikare, ein Finanzdirektor sowie eine Beraterin), nicht die Kriterien offen gelegt zu haben. So entstand der Eindruck, hier soll eine kritische Stimme in der Kirche zum Schweigen gebracht werden.“

Die im November letzten Jahres immer wieder gestellten Fragen von Seiten der Mitglieder des pax christi-Bundesvorstandes „Was bedeutet die Streichung des Zuschusses? Was hat die Bischofskonferenz mit pax christi vor?“ haben unterdessen zu einem tiefen Vertrauensbruch geführt. Es gibt pax christi-Mitglieder, die jetzt erstmalig über einen Kirchenaustritt nachdenken.

Damit ist gleichzeitig mein begleitender Weg seit 15 Jahren beschädigt. [...] Denn – wie gesagt – die Deutung der C-Klassifizierung hat die Aktiven tief getroffen und ist tatsächlich für die deutsche Sektion von pax christi existenzbedrohend.

Liebe Mitbrüder, bedenken Sie, dass der Schaden, den die Streichung des Zuschusses für pax christi in Kirche und Öffentlichkeit anrichten wird, ungleich größer und nachhaltiger sein wird als der Nutzen, 60.000 Euro im VDD-Haushalt eingespart zu haben.“

Das ZdK meldete:

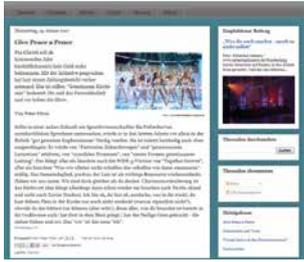
ZdK fordert bessere Finanzierung der überdiözesanen Aufgaben der Kirche in Deutschland

Der Präsident des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK), Prof. Dr. Thomas Sternberg, hat die deutschen Bischöfe aufgefordert, für eine ausreichende Finanzierung der überdiözesanen Aufgaben der Kirche in Deutschland zu sorgen.

„Mit großer Sorge beobachten wir, dass bei stark gestiegenen Kirchensteuereinnahmen in den Diözesen, die Finanzmittel für die überdiözesanen Aufgaben der Kirche in Deutschland weiter reduziert werden“, so Sternberg vor dem ZdK-Hauptausschuss. „Der Rückzug auf die eigenen Aufgaben in den 27 Bistümern schwächt die katholische Kirche in Deutschland. Die Sichtbarkeit unserer Kirche in der Gesellschaft und die Wirksamkeit in den politischen Raum werden in wesentlichen Teilen von überdiözesan tätigen Initiativen, Verbänden

Aus dem hohlen Bauch

Die Bischöfe in Ausland spenden 1700 Euro... Die Bischöfe in Ausland spenden 1700 Euro...



Neues Ruhr-Wort



pax christi droht das Aus

Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...

TELEPOLIS

Bereiten die deutschen Bischöfe der katholischen Friedensbewegung den 'Garaus'?



Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...

Städteutsche Zeitung

Katholische Friedensbewegung Pax Christi bringt um Zuschuss... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...

Publik-Forum

Sparen am Frieden

Die katholischen Bischöfe und ihre tagelangen Zeichen... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...

Publik-Forum

Friedensarbeit - wertlos?

Sparprogramm der Bischöfe bedroht Pax Christi und wichtige Projekte... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...

neues deutschland

Gestutzte Friedenstauben

Deutsche Sektion von Pax Christi bedroht drohende Mittelstreichungen durch die Diözesen... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...

CHRIST IN DER GEGENWART

Bischöfe kürzen beim Einsatz für den Frieden... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...

Rölnher Stadt-Anzeiger

Von allen guten Geistern verlassen... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...

Konradtsblatt online

Politisches Signal

Ein kirchlich getragene... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...



Die weltweite Friedensbewegung Pax Christi... Die Bischöfe streichen den existenziell notwendigen Zuschuss...

und Einrichtungen getragen. Es ist wichtig, dass die Bischöfe in Deutschland hier gemeinsam solidarisch Verantwortung übernehmen.

Der Verband der Diözesen Deutschlands, über den die deutschen Bischöfe ihre gemeinsamen Aufgaben und Projekte finanzieren, führt gegenwärtig einen Perspektivprozess durch mit dem Ziel, die Verteilung der sinkenden Finanzmittel auf Bundesebene neu zu gestalten.

eine Milliarde Euro. Gleichzeitig werden die Finanzmittel für die überdiözesanen Aktivitäten zurückgeführt. Bei Steigerung der Kosten bedeutet das die Gefährdung vieler Initiativen auf Bundesebene.

„Ich appelliere an die deutschen Bischöfe, ihre Beschlüsse noch einmal zu überdenken, sowohl was die Finanzausstattung des Gesamtertrags als auch die einzelnen Kürzungen betrifft, und wenn möglich zurückzunehmen oder zumindest mittelfristig auszusetzen“, so der ZdK-Präsident.



Die oben abgebildeten Artikel sind auf der Webseite von pax christi, > pax christi > Presseecho zu finden.

Immer wieder kommt der Krieg zurück

Die Caritas war vor Ort, ist vor Ort und wird vor Ort bleiben.

Die Caritas ist nah an den Menschen, weiß, wie sie denken und kann sehr sensibel auf die Menschen reagieren – das ist Friedensarbeit in der Ukraine.

Die Caritas in der Ukraine ist ein wichtiger Partner bei der pax christi-Begegnungsreise nach Kiew und in den Osten, die vom 10. – 17. September 2017 stattfindet. Aufgrund der Situation im Land kann das Programm erst zeitnah zum Reisetern festgelegt werden. Informationen und Anmeldung erhalten Sie im Sekretariat in Berlin.



Andrij Waskowycz (rechts) zusammen Vertretern des DCV (Präsident Dr. Neher, Claudio Moser) vor den Trümmern eines Krankenhauses in dem 2014 umkämpften Slovyansk.

Interview mit Andrij Waskowycz,
dem Präsidenten der Caritas Ukraine

Wie präsent ist eigentlich der kriegerische Konflikt in der Ostukraine, beispielsweise hier in Kyiv oder in der Westukraine?

Hier in Kyiv kannst du stundenlang durch die Stadt gehen und fühlst dich wie in einer normalen europäischen Großstadt. Im Alltag hier denkt man kaum daran, was im Osten geschieht. Aber der Krieg kommt immer dann zurück, wenn Soldaten tot in ihre Dörfer zurückgebracht werden. So eine Verschärfung der Kämpfe wie jetzt in Avdijivka macht dem ganzen Land den Krieg mit einem mal wieder bewusst. Der militärische Konflikt ist dort wieder so eskaliert, dass er für alle, einschließlich des UN-Sicherheitsrates, wieder präsent wurde. Wir dürfen aber nicht vergessen, dass die Kämpfe die ganze Zeit über andauerten und die vereinbarten Waffenruhen eigentlich nie eingehalten wurden.

Wo sieht die Caritas in der Ukraine heute ihre Aufgabe?

Unsere Caritas hat sich verändert, als sie auf die Lage im Land reagierte. Gegründet wurde die griechisch-katholische Caritas Ukraine vor vierundzwanzig Jahren, als innovative

Organisation mit Arbeitsfeldern wie Kinder- und Jugendarbeit oder Arbeitsmigration aus der Ukraine und deren soziale Folgen. Mit den Ereignissen auf dem Maidan haben sich die Aufgaben der Caritas seit 2013 verändert: Zunächst haben wir den Familien der auf dem Maidan Gestorbenen und Verwundeten geholfen, haben sie begleitet. Nach der Annektierung der Krim und der Flucht der Krimtataren haben wir ein Hilfsprogramm für diese Menschen aufgelegt.

Im Frühjahr 2014 kamen erst wenige und dann immer stärker mehr Flüchtlinge aus dem Osten. Für die Caritas war das eine neue Herausforderung, auf die wir, mit den Kräften, die wir damals hatten, zu reagieren versuchten. Wir bekamen Hilfe durch das internationale Caritas-Netzwerk und entwickelten mit unseren Partnern Hilfsprogramme für die Binnenflüchtlinge in der Ukraine. Wir hatten damals auch einen Verband im Osten; die Caritas Donetsk war dort so lange tätig, bis sie wegen massiver Bedrohungen evakuiert werden musste. Diese Caritas ist heute am neuen Standort in der Stadt Dnipro tätig und wir haben in drei Jahren weitere neun Standorte in der Ostukraine aufgebaut, um auf die wachsende Zahl der Binnenflüchtlinge zu reagieren. Seitdem konnten wir mehr als 380.000 Menschen helfen.



Foto: Caritas Mariupol

In der Nacht des 29. Januar 2017 starteten heftige Schießereien bei Avdijivka, einem kleinen Städtchen in der Ostukraine. Drei Menschen starben, Häuser wurden zerstört und ein Großteil der 25.000 Einwohner*innen musste bei -17 Grad tagelang ohne Strom, Heizung und Wasser auskommen. Die Caritas Ukraine war eine der ersten vor Ort und stellte ein Zelt als Wärmepunkt für die Bewohner*innen auf.

Ein Wärmzelt, das die Caritas Mariupol in Avdijivka aufgebaut hat.

Ist mit der humanitären Hilfe für Binnenflüchtlinge und die Menschen in der Ostukraine aus der Caritas-Arbeit Konfliktlösung und Friedensförderung geworden?

Uns ist es wichtig genau hinzuschauen: Was sind die Gründe für einen Konflikt? Wo sind die Linien der Auseinandersetzung? Aus unserer Sicht ist ein Konflikt in die Ukraine hineingetragen worden, der hier früher nicht existiert hat, denn vor 2013, 2014 sind alle Konflikte in diesem Land friedlich beigelegt worden. Der Dialog war das Mittel der Auseinandersetzung. Deshalb ist es erstaunlich, wie es gelingen konnte, Menschen durch Propaganda so gegeneinander aufzuhetzen. Aber ab einem bestimmten Moment, und zwar wenn auf beiden Seiten Verluste zu beklagen sind, verändert sich die Qualität des Konfliktes, aus imaginären Auseinandersetzungen werden reale. Wer ein Familienmitglied verloren hat, der sieht in der jeweiligen Gegenseite einen Feind – und das zu überwinden ist ganz schwierig.

Wer sich fragt, wie man Frieden schaffen kann, kann hier lernen zu sehen: Wo sind die Brüche in einer Gesellschaft? Wie kann man mit anderen gemeinsam daran arbeiten, die Bruchlinien zusammenbringen, Einheit zu schaffen? Wie kann man zwischen Gegnern, zwischen Feinden Entgegenkommen oder gar Vertrauen schaffen? Wir haben in einer Studie aktuelle Konfliktlinien beschrieben und versuchen, diese gezielt anzugehen.

Was kann ein Besuch von pax christi-Mitgliedern in der Ukraine bedeuten? Können sie später die Menschen hier unterstützen?

Ich glaube, es geht um zwei Dinge: Wenn man in ein Land kommt, lernt man die Menschen kennen. Schon allein die Anwesenheit und das Interesse, in Dialog zu treten, bedeutet etwas für beide Seiten. Etwas von sich zu erzählen und sich auf die Perspektive des anderen einzulassen, ist der erste Schritt. Wenn man ins Gespräch kommt, dann verändert das zwei Leute.

Die Ukraine hat – und das nicht erst seit 2013 – eine enorm starke und interessante Zivilgesellschaft: engagierte Menschen, die durch ihre Arbeit teilweise die Funktion des Staates übernehmen, die an Gemeinschaft denken und sich unter schwierigen Umständen für Veränderungen im Land einsetzen. Auch die Kirche war und ist sehr stark eingebunden, schon vor den Ereignissen auf dem Maidan. Die offenen Begegnungen mit diesen Akteuren werden sicher Einsichten verändern und vielleicht zu gemeinsamer Handlung motivieren.

Das Interview führte Dr. Monika Rosenbaum, seit März 2016 Vertreterin des DCV in der Ukraine.

Roswitha Bendl

„Es gab immer so viele Anlässe zu handeln“



Anfangs wurde unser Wirken ... manchmal kritisch gesehen. Später bin ich ... in den Diözesanrat gewählt worden, und ich denke, dass man froh ist, dass wir das „Friedensspektrum“ abdecken.

Erding, das verbinden viele Menschen mit Weißbier oder dem Münchner Flughafen, aber nicht mit pax christi. Dabei ist die Erdinger Gruppe eine der aktivsten im Bistum München. Im letzten Herbst wurde Roswitha Bendl, die Sprecherin der Gruppe, erst mit der Erdinger Bürgermedaille und dann mit dem Bundesverdienstkreuz geehrt und beide Male wurde explizit auch auf ihre pax christi-Arbeit verwiesen.

Roswitha, die meisten pax christi-Gruppen im Bistum München entstanden zur Zeit der Nachrüstung. Wie bist du mit dem Thema Frieden und pax christi in Kontakt gekommen?

1983 gründeten wir eine örtliche pax christi-Gruppe, die seither eigentlich immer sehr aktiv war.

Nachrüstung war eines eurer ersten Themen, danach kam der Jugoslawienkrieg. Schon damals hast Du Dich um Flüchtlinge gekümmert. Wie sieht das Engagement für die Flüchtlinge heute aus?

Damals begann es für mich persönlich mit dem Aufruf der Caritas im November 1990, Menschen aus dem zerstörten Vukovar vorübergehend aufzunehmen. Das hat mich nicht losgelassen, und nach Rücksprache mit der Familie haben wir unseren Speicher, wo vorher nur eine Tischtennisplatte stand, für eine vierköpfige Familie hergerichtet. Aus ein paar Wochen wurden fünf Jahre Aufenthalt, bis sie 1995 wieder zurück nach Kroatien mussten. Es war für sie und uns eine bereichernde und schöne Zeit. Wir sind noch in Verbindung und werden wohl heuer wieder einmal nach Vukovar fahren.

1988 hatte ich als Folge des Zuzugs von Flüchtlingen den „Internationalen Frauentreff“ in Erding gegründet, der mehr als 25 Jahre Bestand hatte. Außerdem veranstalteten wir Begegnungsnachmittage für alle ausländischen Mitbürger*innen in der Stadthalle. 2011 begann dann das neue Engagement für Flüchtlinge, als die ersten Asylbewerber*innen im November in eine Gemeinschaftsunterkunft in Erding einzogen. Von Anfang an wollte pax christi mit einem ehrenamtlichen Sprachunterricht helfen, und wir haben das bis heute weitergemacht.

Auch andere Themen haben Dich immer wieder umgetrieben und vor allem, wie sind die Themen an Dich und eure Gruppe herangetragen worden?

Krieg – Rüstungsexporte – Gewalt – Terror – Ausbeutung – Ungerechtigkeit auf der ganzen Welt. Es gab immer so viele Anlässe zum Handeln. Wir haben versucht unseren Beitrag zu leisten und an der Basis zu informieren und zu reagieren. Unzählige Briefe an Minister, Kanzler, Präsidenten usw. habe ich geschrieben, wir haben appelliert und protestiert. Wir haben namhafte Referent*innen nach Erding geholt, um uns zu informieren und dazu auch öfter Vertreter der örtlichen Bundeswehr eingeladen, die manches genauso kritisch sahen wie wir. Wir haben viele Friedensgebete und -gottesdienste organisiert – ökumenisch natürlich und z.T. auch interreligiös –, Lichterketten, Schweigekreise, Demos veranstaltet und immer wieder gemerkt, dass es den Menschen ein Bedürfnis ist, ihre Betroffenheit auch nach außen auszudrücken.



Foto: Privat

Eine über 30-jährige Partnerschaft verbindet Roswitha Bendl mit der »Offenen Arbeit« der evangelischen Kirche in Erfurt. Noch heute treffen sich die Gruppen alle zwei Jahre – hier in den Friedensräumen Lindau.

Wenn Du jetzt zurückschaust auf Dein vielfältiges Engagement, was waren die bewegendsten Momente bei dieser Arbeit, und wie weit hat die pax christi-Arbeit Dein Alltagsleben beeinflusst?

Eine ganze besondere Sache ist unsere nun bereits über 30-jährige Partnerschaft mit der „Offenen Arbeit“ der evangelischen Kirche in Erfurt. Zu DDR-Zeiten hatten wir uns um Kontakte in die Welt hinter dem „Eisernen Vorhang“ bemüht, die Entwicklungen in der UdSSR haben wir sorgfältig beobachtet. Seit 1984 haben wir Verbindungen zur „Offenen Arbeit“ gepflegt, lange vor der Wende. Das hat unseren Horizont erheblich erweitert und wir bekamen hautnah mit, wie schwer alternative Denkweisen (z.B. für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung) es dort hatten. Wir begannen 1986 (also vor der Wende) mit gegenseitigen Besuchen, was damals natürlich relativ schwierig war. Weniger für uns, wir durften schon einreisen, wurden aber an der „Zonengrenze“ sehr „gefilzt“. Unsere Besuche in Erfurt wurden minutiös und von uns unbemerkt überwacht – alles später in der Stasi-Akte nachzulesen, war eine gruselige Geschichte. Der Besuch von zwei Mitgliedern (nur für kirchliche Mitarbeiter war es möglich) der Offenen Arbeit bei den „Ökumenischen Bildungstagen“ in Erding wurde nur durch das offizielle Bemühen von höchster Ebene der katholischen und evangelischen Kirchenämter in München ermöglicht. Noch heute treffen wir uns alle zwei Jahre zu einer Selbstversorgerfreizeit und diskutieren aktuelle Probleme.

Gibt es heute immer noch Gründe sich für pax christi zu engagieren, gerade auch für jüngere Menschen?

Natürlich, denn die Entwicklungen derzeit in USA und Europa sind so besorgniserregend und die oben genannten Themen alle noch hochaktuell. Ich hoffe jüngere Menschen merken, dass man das nicht nur von außen beobachten kann, sondern selbst aktiv werden muss – politisch und in zahllosen Verbänden und Bewegungen. Allerdings weiß ich auch von meinen Kindern, wie eingespannt Menschen heute sind und wie wenig Zeit ihnen bleibt, sich zu engagieren.

Roswitha, am Anfang unseres Gespräches standen die Ehrungen im letzten Herbst. Hast Du ähnliche Ehrungen auch durch die Kirche erfahren?

Ehrungen erwarte ich nicht, aber ich habe mutige Pfarrer und Bischöfe bei pax christi und in der Kirche erlebt, die uns unterstützt haben und wichtige Impulse setzten. Anfangs wurde unser Wirken allerdings auch manchmal kritisch gesehen. Später bin ich aber über pax christi in den Dekanatsrat und von dort sogar in den Diözesanrat gewählt worden, und ich denke, dass man froh ist, dass wir das „Friedensspektrum“ abdecken.

Das Interview führte Martin Pilgram, Diözesanvorsitzender von pax christi München/Freising.

Dringend notwendig

Rüstungsexportkontrollgesetz zur Eindämmung des Waffenhandels

	Land	Menschenrechts-situation	Interne Gewaltkonflikte	Regionale Sicherheit	Wert deutscher Ausführ-genehmigungen für Rüstungs-güter 2015 (in Millionen Euro)
	Algerien	sehr schlecht	ja	sehr kritisch	411,4
	Ägypten	sehr schlecht	ja	sehr kritisch	18,7
	Indien	sehr schlecht	ja	sehr kritisch	153,6
	Indonesien	sehr schlecht	teilweise	sehr kritisch	36,5
	Irak	sehr schlecht	ja	sehr kritisch	40,9
	Israel	sehr schlecht	ja	sehr kritisch	507,2
	Katar	schlecht	teilweise	kritisch	1.662,77
	Oman	schlecht	teilweise	kritisch	95,9
	Pakistan	sehr schlecht	ja	sehr kritisch	36,0
	SaudiArabien	schlecht	teilweise	kritisch	270,0
	Südkorea	schlecht	teilweise	kritisch	515,9
	Türkei	sehr schlecht	ja	sehr kritisch	39,0
	Vereinigte Arabische Emirate	schlecht	teilweise	kritisch	107,3

Algerien, Saudi-Arabien, Ägypten, Südkorea und die Vereinigten Arabischen Emirate gehören zu den Top 10-Beziehern deutscher Rüstungsgüter (aus: Rüstungsexportbericht der GKKE, 2016: Beispiele für problematische Empfängerländer deutscher Rüstungsexporte)

Holger Rothbauer

20. Jubiläum: Der GKKE-Rüstungsexportbericht 2016 prangert scharf die unter Minister Gabriel wieder gestiegenen Genehmigungen von Rüstungslieferungen an.

Zum 20. Mal stellte die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) am 12. Dezember 2016 in der Bundspressekonzferenz in Berlin durch die beiden höchsten Vertreter der beiden großen Kirchen bei der Bundesregierung Prälat Jüsten (Deutsche Bischofskonferenz) und Prälat Dutzmann (EKD) den Rüstungsexportbericht der Kirchen für das Jahr 2016 der Öffentlichkeit vor (siehe gkke.org). Ganz besonders groß war

das Interesse der Medien am diesjährigen Bericht der GKKE (REB) deshalb, weil die Ankündigungen von Minister Gabriel zur Reduzierung der Rüstungsexporte aus Deutschland und die hierzu angekündigten Schritte aus Sicht der Kirchen bewertet werden sollten.

Forderung der GKKE ist ein Verdienst von pax christi

Das Urteil der Kirchen war eindeutig: Die Ankündigungen von Minister Gabriel gehen in die richtige Richtung, allein umgesetzt wurde wenig. Die Genehmigungszahlen im Jahr 2015 zur Ausfuhr von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern sind sogar wieder dramatisch angestiegen. Besonders kritisch sieht die GKKE, dass der Anteil der Lieferungen an

sogenannte Drittstaaten ebenfalls wieder angestiegen ist. Saudi-Arabien, Katar und Indonesien gehören zu den Empfängerländern und auch der 10 Mrd. Euro Rüstungsausstattungsdeal mit Algerien. Das sind alles Kriegswaffen- und Rüstungsgeschäfte mit undemokratischen Regimen, die aber vor allem von der Regierungsseite selbst und nicht vorwiegend von der Industrie angeschoben werden. Die von Minister Gabriel angekündigte Kommission, die sich mit der Rüstungsexportkontrolle beschäftigen sollte, ist als Bettvorleger namens interministeriellen Anhörung ohne erkennbare Ergebnisse gelandet. Daher fordert die GKKE nunmehr massiv, die rechtlichen Grundlagen gemäß der restriktiven Vorgaben des Grundgesetzes neu zu regeln und den Gesamtkomplex von Rüstungsausfuhren in ein einheitliches Rüstungsexportkontrollgesetz zu gießen. Das ist die Forderung an den Gesetzgeber, so dass auch die Legislative wieder den Ball des Handelns in die Hand nimmt.

Diese Forderung der GKKE ist auch ein Verdienst von pax christi, speziell der Generalsekretärin Christine Hoffmann und der pax christi-Kommission Rüstungsexport, die über die „Aktion Aufschrei – stoppt den Waffenhandel!“ seit 2011 genau dieses neue Rüstungsexportkontrollgesetz als einziges Ausführungsgesetz zu Artikel 26 Absatz 2 des Grundgesetzes fordert.

Strafverfahren gegen Heckler & Koch

Die GKKE bleibt bei ihrer klaren Haltung der Ablehnung der Waffenlieferungen an die Peschmergas, da die Waffen u.a. beim „IS“ aufgetaucht und von den kurdischen Kämpfern auch gegen arabische Zivilisten im Irak eingesetzt wurden. Genauso wird im REB die fortgesetzte Waffenzusammenarbeit mit Saudi-Arabien kritisiert, das mit diesen Waffen derzeit Krieg im Jemen führt.

Besonders gewürdigt wird auch das von Jürgen Grässlin und mir angestoßene Strafverfahren gegen Heckler & Koch wegen der Lieferung von über 10.000 Sturmgewehren des Typs G 36 nach Mexiko, wo es im Drogen- und Bürgerkrieg eingesetzt wird. Es ist ein Riesenerfolg, dass die Stuttgarter Staatsanwaltschaft Anklage erheben musste und die große Wirtschaftsstrafkammer des Landgerichts Stuttgart diese Anklage zugelassen hat, so dass es im Laufe des Jahres 2017 zum wohl bislang spannendsten Strafverfahren in Sachen

Waffenhandel kommen wird. Leider sitzen die Verantwortlichen der Ministerien nicht auf der Anklagebank, aber ihre Rolle wird mit Sicherheit im öffentlichen Verfahren aufgedeckt werden, wie dies in der Grimme-Preis gekrönten ARD-Doku „Netzwerk des Todes – Tödliche Exporte“ bereits seit September 2015 öffentlich bekannt wurde.

Die GKKE betrachtet es als kleinen Erfolg, dass in Sachen Transparenz von Rüstungslieferungen die Bundesregierung viel zeitnäher und halbjährlich über die Lieferungen berichtet. Gleichzeitig beklagt die GKKE weiterhin, dass wesentliche Entscheidungen beim Waffenhandel vom Bundessicherheitsrat getroffen werden, einem Geheimgremium, dem das Bundesverfassungsgericht in einer Anmerkung im Urteil vom Oktober 2014 seine Verfassungskonformität abspricht.

Export von „Gewalt“

Für den bevorstehenden Bundestagswahlkampf legt der REB den Abgeordneten und den Kandidat*innen zum Bundestag die seit 20 Jahren klaren ethischen Maßstäbe bei der Beurteilung von Rüstungslieferungen nahe, dass die Lieferung von Waffen auf der gleichen Ebene zu beurteilen sind wie die Anwendung von Gewalt. Genauso wie es mit der Merkel-Doktrin auch praktisch am Beispiel der Waffenlieferungen an die Peschmerga statt dem Entsenden von Bundeswehrsoldaten zum Ausdruck kommt.

Es sollte sich also jede*r Parlamentarier*in klar darüber sein, dass die Regierung genau dahingehend zu kontrollieren ist, ob sie bei der Entscheidung über Waffenlieferungen an Regime wie Saudi-Arabien weiß, dass sie „Gewalt“ exportiert und ebenso die Fluchtursache Nummer 1 ebenfalls exportiert.

Für pax christi lässt sich der REB der GKKE hervorragend als Hintergrundwissen und Wahlprüfstein zum Thema „Waffenhandel“ verwenden, wenn die Kandidat*innen zum Bundestag öffentlich befragt werden.

Holger Rothbauer ist Rechtsanwalt und vertritt pax christi in der Fachgruppe Rüstungsexport der GKKE.



Ausführliche Informationen
unter www.gkke.org

Notizen aus dem Bundesvorstand

Josef Roberg

Der Bundesvorstand hat auf der Dezembersitzung eine positive Bilanz der Delegiertenversammlung gezogen. Neue Elemente, wie z.B. die Präsentation der Vorstandsarbeit oder die „Straße des Friedens“, wurden gut angenommen und haben der Veranstaltung neuen Schwung verliehen. Auch ist es gelungen, alle Anträge innerhalb der Tagungszeit zu bearbeiten; eine positive Entwicklung für alle Beteiligten.

Folgende Aufträge aus der Delegiertenversammlung wurden abgearbeitet:

- * Über die Vision und das Selbstverständnis der pax christi-Bewegung berichtet Norbert Richter in seinem Artikel auf Seite 10.
- * Unter dem Eindruck der Finanzprobleme wird die geplante Imagekampagne erst einmal hinausgezögert.
- * pax christi unterstützt die Aktion „Unter 18 nie“ gegen die Werbemaßnahmen der Bundeswehr.
- * Der Vorstand sondiert Kontakte zur Russisch-Orthodoxen Kirche. Ziel und Auftrag ist es, Perspektiven eines Gesprächs zu eruieren.

Vor dem Hintergrund der Kürzung der Mittel durch die Diözesen Deutschlands gibt es eine positive Nachricht, verbunden mit einem herzlichen Dank. Zu Weihnachten wurde das Vorjahres-Spendenergebnis übertroffen und 100.000 Euro gespendet. Damit sichern alle Spender*innen die Arbeit von pax christi. So zum Beispiel unsere aktive Teilnahme am Katholikentag 2018 in Münster, dessen Planung schon begonnen hat.

Nachrichten aus den Kommissionen

Odilo Metzler

Kritik an israelischer Regierung antisemitisch?

Auseinandersetzung mit israelischem Regierungshandeln – Gerechtfertigte Kritik oder Antisemitismus?“ ist der Titel eines Themenblatts, das die Nahost-Kommission erstellt und im November veröffentlicht hat. Die 13-seitige Broschüre kann auf der Webseite heruntergeladen oder im pax christi-Sekretariat bestellt werden.

Friedensabkommen in Kolumbien

Die Kommission Solidarität Eine Welt begrüßte am 24. November die Unterzeichnung des neuen Friedensabkommens in Kolumbien. Sie forderte die sofortige Einsetzung der vorgesehenen Sicherheitskommission, die gegen paramilitärische Einheiten vorgehen soll, da diese eine Umsetzung des Abkommens gefährden und für Bedrohungen, Attentate und Morde an sozialen und Friedensaktivist*innen verantwortlich sind.

Menschenrechtsarbeit in Palästina gefährdet

Die Nahost-Kommission berichtete am 5. Dezember, dass palästinensische Menschenrechtsorganisationen und Aktivist*innen im besetzten Ost-Jerusalem, der Westbank und Gaza, die sich gewaltfrei für ein Ende der Besetzung einsetzen, zunehmend Opfer israelischer Repressionen und anonymen Angriffe werden. Sie forderte die politischen Entscheidungsträger in Deutschland und der EU auf, sich bei der israelischen Regierung gegen Reiseverweigerungen, rechtswidrige Administrativhaft und die Bedrohung der Familien einzusetzen.



Ausführliche Meldungen:
www.paxchristi.de

Meldungen aus den Diözesanverbänden

Markus Weber

Augsburg

Diözesanvorstand beim Augsburger Bischof

Der Diözesanvorstand hat sich im Januar mit dem Augsburger Bischof Konrad Zdarasa zum alljährlichen Gespräch getroffen. Darin ging es auch um die geplante Streichung der finanziellen Zuschüsse an pax christi Deutschland. Zdarasa widersprach einem Bericht in der Süddeutschen Zeitung zu diesem Vorgang, wonach pax christi für die Katholische Kirche „unwichtig“ sei. Bischof Zdarasa ermutigte den Diözesanvorstand, weiterhin in Kirche und Gesellschaft das Friedens-thema auf der Basis der aktiven Gewaltfreiheit engagiert einzubringen.

Bamberg

Bundestagswahl 2017:

Regionale Briefaktion an MdBs gestartet

Angeregt durch die Kampagne „Macht Frieden – Zivile Lösungen für Syrien“ hat der Diözesanverband anlässlich der Bundestagsabstimmung zur Verlängerung des Bundeswehrmandats für Syrien insgesamt 22 Abgeordnete in 11 Wahlkreisen seiner Diözese angeschrieben. Die Briefe zielen auf eine Wiederherstellung (internationaler) Sicherheit durch ein Bemühen um gute Beziehungen und fordern: Waffenexportstopp, Abzug von Atomwaffen, Beendigung jeglicher Kampfdrohneinsätze von deutschem Boden aus sowie die Beschäftigung mit Gewaltfreiheit. Zur praktischen Anregung war den Briefen die Broschüre „55 Erfolge für die Gewaltfreiheit“ beigelegt.



Brief und Korrespondenzen unter:
paxchristi-nordbayern.de

Berlin

pax_zeit-Gespräche zum Thema Türkei

Im Oktober hat pax christi Berlin die pax_zeit-Gespräche, die im ersten Halbjahr 2016 mit den Themen Syrien und Ukraine begonnen hatten, zum Thema Türkei fortgesetzt. Thomas Kurz vom Auswärtigen Amt sprach dabei über die innertürkischen Auseinandersetzungen, den Kurdenkonflikt, die Flüchtlingsvereinbarungen mit der EU, die Situation nach dem Putsch oder auch die Pressefreiheit.

Friedensgebet zum Weltfriedenstag

Am 1. Januar 2017, dem katholischen Weltfriedenstag, hat der Diözesanverband zusammen mit der Gemeinschaft St. Egidio, mit Mitgliedern der Syrisch-Orthodoxen Gemeinde und syrischen Flüchtlingen einen ökumenischen Friedensgottesdienst gefeiert. Die Predigt hielt der Berliner Erzbischof Heiner Koch.

Freiburg

Brief an Erzbischof Burger wegen Mittelstreichung

In einem Brief hat der Diözesanvorstand den Freiburger Erzbischof Stephan Burger darum gebeten, seinen Einfluss dahingehend geltend zu machen, dass die für das Jahr 2018 geplante Streichung des finanziellen Zuschusses der deutschen Diözesen (VDD) an pax christi zurückgenommen wird. Dieser Bitte schloss sich unter anderem auch der Freiburger Diözesanrat an. Angesichts derzeit noch zunehmender finanzieller Mittel der Kirche und ebenfalls zunehmender Krisen und kriegerischer Auseinandersetzungen sei diese Maßnahme „ein verheerendes Zeichen an die kirchlich getragene Friedensarbeit und die Öffentlichkeit“, so der Diözesanrat. Der



Foto: pax christi München

Eröffnung der Ausstellung zum Bethlehemener Mauermuseum in München

Freiburger Erzbischof hatte sich zum Jahreswechsel für das Jahr 2017 „mehr Bereitschaft zur Versöhnung und Schritte hin zum Frieden“ gewünscht.

Fulda, Limburg und Mainz

15 Jahre Aktion Wanderfriedenskerze

Die Aktion Wanderfriedenskerze hat unter dem Motto „Zwischen Welten“ im Herbst in über 200 Friedensgebeten im Rhein-Main-Gebiet und Kassel vergessener Menschen auf der Flucht vor Krieg, Terror und Gewalt gedacht. Das 15-jährige Bestehen der Aktion begingen 40 Aktive der Aktion am 12. November in Frankfurt. Die Kerzen wandern nun weiter: Eine Kerze erhielten Ana und Otto Raffai für ihre interreligiöse Friedensarbeit in Kroatien.

Rüstungsexporte in der Diskussion

Am 13. Dezember diskutierten Simone Wisotzki, Co-Vorsitzende der GKKE-Fachgruppe Rüstungsexporte, und Georg Pietsch vom Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) kontrovers die Rüstungsexportpolitik der Bundesregierung. Anlass für die Veranstaltung der „Aktion Aufschrei Rhein-Main“ war das Erscheinen des Rüstungsexportberichts der Gemeinsamen Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE).

München

Ausstellung zum Bethlehemener „Mauermuseum“

Im Dezember 2016 organisierte pax christi München im Foyer des EineWelt Hauses München eine Ausstellung zum „Mauermuseum“ in Bethlehem. Eine Vernissage mit einer kleinen Einführung in das Thema und Musik aus der Region eröffnete die Ausstellung. Am Tag der Menschenrechte fanden zudem noch Führungen durch die Ausstellungsmacher statt. Die Ausstellung kann ab sofort bei pax christi München ausgeliehen werden.

Lesung zum Tag der Menschenrechte

Unter dem Titel „Darf denn überhaupt gehofft werden? – Geschichten aus Feindesland“ präsentierte pax christi Erding-Dorfen in Zusammenarbeit mit der Stadtbücherei Erding

literarische Texte israelischer und palästinensischer Autor*innen am Tag der Menschenrechte. „Literatur zerstört Ihr Feindbild!“ hätte der Warnhinweis für die Lesung an diesem Tag gewesen sein können.

Aufruf und Mahnwache zum Weltfriedenstag

pax christi München hat alle Pfarreien der Diözese dazu aufgerufen, den Weltfriedenstag 2017 in den örtlichen Pfarrgemeinden unter dem von Papst Franziskus vorgegebenen Thema: „Gewaltlosigkeit: Stil einer Politik für den Frieden!“ zu begehen. Entsprechende Materialien wurden im Internet zum Download bereitgestellt. Auch lud die pax christi-Gruppe Erding-Dorfen am 8. Januar zu einer Mahnwache mit Schweigekreis ein. Dabei wies Roswitha Bendl darauf hin, dass es darum gehe, an das Schicksal der von Gewalt und Kriegen gebeutelten Menschen in Fern und Nah zu erinnern, Solidarität zu zeigen und Ursachen und nötige Schritte zu einer friedlicheren Welt in aller Welt zu bedenken.

Trier

Aktuelle Formen des Antisemitismus

Zu einem Seminar über aktuelle Formen des Antisemitismus hat pax christi Trier im November Juliane Wetzels vom Zentrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin eingeladen. Besonders die Ausführungen der Referentin zum antisemitischen Hass im Internet, zum latenten Antisemitismus und zu Grauzonen von antisemitischen Äußerungen waren aufschlussreich für die Teilnehmer*innen. Das Anliegen des Diözesanverbandes war es, das kontroverse Thema innerhalb der Deutschen Sektion von pax christi weiter zu führen. So spielte in der anschließenden Diskussion auch die Kontroverse um die „Obsttützenaktion“ der Nahost-Kommission eine große Rolle. Aus Sicht des Diözesanverbandes kann auch deren neues Themenblatt die Konnotationen, die an dem „Kauft nicht“ hängen, nicht durch Erklärungen auflösen. Zudem ging es in der Diskussion um strukturellen Antisemitismus.

Würzburg

Burkhard Hose predigt zum Weltfriedenstag

In bewährter Kooperation luden pax christi Würzburg, die Ackermann-Gemeinde, der Antonia-Werr-Kreis Oberzell, die Gemeinschaft Sant' Egidio, der Katholische Deutsche Frauenbund (KDFB) und die Nagelkreuzinitiative zum ökumenischen Friedensgebet unter dem Motto „Und bist du nicht willig, so brauch ich – Geduld“ in Würzburg ein. Prediger war der Würzburger Friedenspreisträger von 2014, der katholische Hochschulpfarrer Burkhard Hose. Hose nahm in seiner Predigt über den Aufruf Jesu zur Feindesliebe Bezug zur Psychologie Haim Omers. Dieser hatte sich in seiner pädagogischen Arbeit inspirieren lassen von Vertretern des gewaltlosen Widerstandes wie z.B. Mahatma Gandhi und Martin Luther King. Unterbrechung und Geduld brauche einen langen Atem, um neue Wege zu entdecken und dann auch gehen zu können, um so



Foto: pax christi Würzburg

Der Würzburger Gottesdienst zum Weltfriedenstag wurde mitgestaltet von der Äthiopisch-Orthodoxen Gemeinde.

die Spirale von Gewalt zu unterbrechen, so Hose. Mitgestaltet wurde der Gottesdienst auch von der Äthiopisch-Orthodoxen Gemeinde mit Gesängen und Tanz. Eine Begegnung im Kreuzgang des Würzburger Franziskanerklosters schloss sich an das Gebet für den Frieden an.

Leserbriefe

Kommentar zum Leserbrief von Lutz Lemhöfer zum Interview mit Albrecht Müller „Zur Rolle der deutschen Medien“ in Nr. 3_2016.

Lutz Lemhöfer beschuldigt Albrecht Müller der Zeichnung eines „üblen Zerrbildes“, das seiner eigenen Lektüre-Erfahrung widerspreche. Dem „Gerede von einer Einheitsmeinung in den Medien“ möchte er nur ein Beispiel entgegenhalten: die kontroverse Beurteilung von TTIP und CETA etwa in FAZ und FR. Stimmt, in dieser Sache konnte man in den großen Medien Deutschlands tatsächlich kontroverse Meinungen registrieren. Auf anderen Gebieten, die uns Tag für Tag die Sprache verschlagen, verhält es sich durchaus so, wie A. Müller es darstellt. Wenn L.L. z.B. die Frage stellt, „Wer, bitteschön, betreibt ‚Kriegshetze‘?“ und dann weiterfährt „Man nehme nur den Syrien-Konflikt, in dem der Westen eher zögerlich agiert hat und gerade darum viel Kritik über mangelnden Einsatz gegenüber dem mörderischen IS auf sich zog“, so zeigt er damit, dass sich seine Lektüre-Erfahrung lediglich auf die Inhalte der Mainstream-Medien gründet. Speziell zu Syrien sind in letzter Zeit Bücher kritischer und sachkundiger Autor*innen erschienen (z.B. Michael Lüders, Karin Leukefeld, Tim Anderson, Daniele Ganser).

Winfried Schultz

Gewaltfreiheit: Stil einer Politik des Friedens

Auszüge aus der Predigt zum Weltfriedenstag 2016 in St. Heinrich, Marl

Ferdinand Kerstiens

Schriftstellen: Amos 5,7-15a und Mt 5,43-48

Wir feiern heute den Weltfriedenstag. Papst Franziskus hat ihn unter das Leitwort gestellt: „Gewaltfreiheit: Stil einer Politik des Friedens“. Gewaltfreiheit als Stil einer Friedenspolitik? Und das in einer Welt voller Gewalt? Wie soll das gehen?

Wir erleben bei allen Konflikten, dass Gewalt keinen Frieden schaffen kann, sondern neue Gewalt provoziert. Aber ist Gewaltlosigkeit nicht eine blanke Illusion? Wie soll sie gegen die Gewalt ankommen? Hier muss zunächst ein Missverständnis ausgeräumt werden. Gewaltlosigkeit ist keine Passivität, kein bloßes Hinnehmen anderer Gewalt, sondern aktiver Einsatz für Verständigung und Frieden. Gewaltfreiheit gegen Gewalt? Ja, wir übersehen das oft. Es gibt ausführliche Studien über die politischen Konflikte der letzten 100 Jahre. In zwei Drittel waren die gewaltfreien Aktionen erfolgreich, nur in einem Drittel geschah das durch kriegerischen Einsatz, der dann oft in Bürgerkriegen endete, die das Elend nur vergrößerten, wie jetzt im Irak, in Afghanistan und in Syrien. Die Gewalt ging da von den USA aus.

Ein Beispiel für gewaltfreie Lösungen: In Lateinamerika gab es viele Militärdiktaturen, die mit Gewalt, Folter und Mord



Foto: shutterstock.com/mito

die Andersdenkenden ausschalteten. Vielfach wurden diese Gewaltregime durch die USA unterstützt, die auch die Folterknechte für die Diktatoren ausbildete. Sie wurden gewaltlos überwunden, weil die Bevölkerung ihnen den Gehorsam verweigerte. Vielfach waren daran die kirchlichen Basisgemeinden beteiligt, die geholfen haben, das Selbstbewusstsein der Armen, der Kleinen zu stärken, ein großer Verdienst auch der Befreiungstheologie, die leider vom Vatikan und von den USA bekämpft wurde – noch 2016 sind 63 Kleinbauern in Brasilien ermordet worden im Auftrag der Großgrundbesitzer, die großflächig Soja anbauen, auch für das Schweinefutter hier bei uns. Wir stecken in deren Gewalt mit drin. Unser Brasilienkreis kann davon aus eigenen Erfahrungen berichten.

Gewaltfreiheit – Stil der Friedenspolitik. Vielleicht ist auf dem Hintergrund dieser Erfahrungen unserer Zeit die Kritik des Propheten Amos an dem Verhalten der reichen Oberschicht und die Weisungen Jesu aus der Bergpredigt verständlich und hilfreich. „Liebet eure Feinde!“ – das heißt ja nicht, dass ich sie liebevoll umarmen soll, sondern, dass ich ihnen deutlich mache, dass sie vor mir keine Angst zu haben brauchen, dass auch in meiner Zukunft Platz für ihre Zukunft ist, dass ich sie nicht als Feinde vernichten will, sondern sie vielmehr als Gegner im gemeinsamen Ringen um eine bessere Zukunft für alle Beteiligten gewinnen will, dass es keine Opfer gibt.

Ferdinand Kerstiens ist pax christi-Mitglied im Diözesanverband Münster.

Der VDD soll seine Streichung
zurück nehmen.

Selig, die Frieden stiften, denn sie
werden Töchter und Söhne Gottes
genannt werden (Matthäus 5,9).

**WIR
BRAUCHEN
FRIEDEN**

Unterschreiben > Einwerfen.